

KONTAKT

 **MEIN** schlägt
GEGEN
RECHTS

9.-10. Juli 2016

csd-freiburg.de

NO 
FOR
NATION

www.schwermetalle.de

ANTIOMOPHOBE



AKTION



KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.

Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.

Programm und Koraktorbeiträge bitte spätestens bis zum 15.

des Vormonats per Formular: www.kts-freiburg.org/formular

KTS, Baslerstraße 103, 79100 Freiburg, 0761/4002096

<http://kts-freiburg.org>

Bei Politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren

Infoladen in der KTS



"Hier werden linksextremistische Informationen in Form von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern, Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger archiviert, diskutiert und verbreitet."* [Verfassungsschutz NRW über Infoläden]

Geöffnet Mittwochs von 18 bis 20Uhr

*Ebenfalls gibt es Bücherverleih, eine kleine Auswahl von Buttons & Patches und manchmal Kaffee.

Die Openpgp-Fingerprints der Gruppen in der KTS:

Name-Adresse
Fingerprint

Koraktor - [koraktor\[at\]kts-freiburg.org](mailto:koraktor[at]kts-freiburg.org)

A86F 7B3A 3185 8034 8FA6 5863 9D99 D64D 906A 9856

Autonome Antifa Freiburg - [freiburg\[at\]autonome-antifa.org](mailto:freiburg[at]autonome-antifa.org)

25A8 BE58 E581 3A57 EF1B F705 AB42 DF92 817B 98B9

Infoladen KTS - [infoladen\[at\]kts-freiburg.org](mailto:infoladen[at]kts-freiburg.org)

577C E871 29FB 17D0 0B5D 5FC1 B077 3DF8 C710 C639

Webmaster KTS - [webmaster\[at\]kts-freiburg.org](mailto:webmaster[at]kts-freiburg.org)

53A4 5E51 1DBF C211 4FA8 CA32 06DF B01D E474 B75D

Ermittlungsausschuss Freiburg - [ea-freiburg\[at\]linksunten.ch](mailto:ea-freiburg[at]linksunten.ch)

ECF8 7928 00E9 C9D2 32F5 7BD9 7AF5 4088 3289 A5FC

Sambasta - [info\[at\]sambasta.de](mailto:info[at]sambasta.de)

F88D B84E 21B6 A732 97F3 CC02 7094 2A51 3B89 8E01

VoKüfA - [vokuefa\[at\]lists.immerda.ch](mailto:vokuefa[at]lists.immerda.ch)

9950 0370 09B1 573D 88D0 8DB5 7D52 25DB AD74 E216

Schlüssel unter zimmermann.mayfirst.org, Praxis unter kts-freiburg.org/pgp

Infoladen Freiburg



"Was wahr ist wird auch in Zukunft geschrieben, gesetzt, gedruckt und vertrieben"

Der Infoladen Freiburg ist eine Sammelstelle für linke Debatten und gesellschaftskritische

Themengebiete. Im

Infoladen wird eine linke Ausleihbibliothek betrieben und es können Zeitschriften gelesen werden und auch mitgenommen werden. Außerdem hat der Infoladen Sticker, Buttons, Flyer, T-Shirts, CDs, Filme usw. zum Ausleihen und für den persönlichen Gebrauch. Unser Bestand wächst vor allem über Spenden, wer also Bücher oder Texte für uns hat kann diese gerne vorbeibringen und wer Ideen hat, was der Infoladen sich anschaffen kann, darf diese uns gerne mitteilen!

In den Räumen des Infoladens gibt es auch eine sehr gemütliche Sofaecke, wo Mensch in Ruhe Texte lesen kann oder mit anderen Menschen Diskussionen führen. Für Debatten sind wir vom Infoladen immer zu haben, aber wir bieten natürlich auch alltägliche Hilfe an, wie Unterstützung beim Installieren und Nutzen von

(verschlüsselten) Linux-Systemen oder Auskünfte zu den anderen Angeboten in der KTS. Da wir auch linke Debatten aktiv mitgestalten wollen, werden wir auch in Zukunft versuchen verschiedene Veranstaltungen zu organisieren, wo ihr alle dann herzlich eingeladen seid!

Der Infoladen Freiburg ist im 1. OG der KTS (Baslerstr. 103).

Geöffnet haben wir immer Mittwochs von 18-20 Uhr, und ansonsten noch zu irregulären Zeiten.

Wer sich ein Überblick über unseren Bücher- und Zeitschriftenbestand verschaffen will, kann dies im Onlinearchiv machen:

idb.nadir.org/o/6/Infoladen+Freiburg.html

Ihr könnt uns immer erreichen unter: infoladen@kts-freiburg.org

GPG-Fingerprint: 577C E871 29FB 17D0 0B5D 5FC1 B077 3DF8 C710 C639

FÜR FREIE POLITISCHE KOMMUNIKATION UND DISKUSSION!

"Sektempfang zur Wiederbelebung des Infoladens 13.07.16 ab 18 Uhr im Infoladen!"

Solidarität im Getriebe

SOLIERKLÄRUNG DER WAGENGRUPPE SAND IM GETRIEBE FÜR WEM GEHÖRT DIE WELT:

Die Stadt Köln will ihren ältesten Wagenplatz verkaufen. Die Wäglas sollen sich (mal wieder) in Luft auflösen und von ihrer bedrohten Existenz müssen die Betroffenen aus der Presse erfahren.

KÖLN WIE ES STINKT UND KRACHT.

Der seit 20 Jahren in der Krefelderstraße in Köln beheimatete Wagenplatz Wem gehört die Welt soll nun Büros und Parkplätzen des Arbeiter Samariter Bundes (ASB) weichen, während den Kölner_innen noch etwas von Sozialem Wohnungsbau erzählt wird, (übrigens für ungefähr identisch viele Menschen wie die, die durch die Vertreibung des Wagenplatzes ihren günstigen Wohnraum verlieren würden.)

Wir, die Wagengruppe Sand im Getriebe aus Freiburg, solidarisieren uns mit dem Wagenplatz

Wem gehört die Welt und sagen unsere Unterstützung zu, um Köln zu zeigen, dass wir uns nicht kampfflos wegverkaufen lassen.

Uns kotzt diese ignorante und asoziale Haltung der Kommunen gegenüber unserer Wohnform an, von der wir auch im achso „alternativen, grünen“ Freiburg viele Lieder singen können.

Dass Wagenleben als unkommerzielle, kreative und richtig geile Wohnform integraler Bestandteil unserer Städte ist, wird und bleibt, dafür müssen wir immer wieder kämpfen. Wir solidarisieren uns in unseren Kämpfen mit sämtlichen Gruppen der Gesellschaft, die sich für eine Stadt für alle einsetzen und der herrschenden Verwertungs- und Profitlogik damit entgegentreten.

**KÖLN RESPEKTIERE DEINE WÄGLAS!
DENN WER WAGENPLÄTZE BEDROHT WIRD
SANDSTURM ERNTEN!!!**



Konzert



Party/Kneipe



Information



Film/Theater



Vokü



Demo/Aktion

#01 KATSIVAL - PUNK FESTIVAL

#02



Punk! Laut und nervig für zwei Tage in der KTS, inklusive Rahmenprogramm (Filme, Vorträge, Flunkyballturnier, etc.). Musik gibts Freitag & Samstag jeweils ab 20 Uhr. Vorträge, Filme und anderer Spaß Samstags den ganzen Tag über.

**BANDS:
1.7 AB 20 UHR:**

**DEMENTIA
HECKLER
THE DAY WE FALL
NITRO INJEKZIA**

2.7 AB 20 UHR:

**FIRST SPRING
DEFUSED
POMMES ODER PIZZA
LÉS PÜNKS
BROKEN COMPASS**

Und weitere Bands folgen!

Rahmenprogramm:

Am Samstag nachmittag (zwischen Lärm und Lärm) bieten wir ein kleines politisches Rahmenprogramm! Das ganze ist noch nicht final, weitere Ankündigungen folgen, und außerdem gibt es noch Info- und Solistände!

12 UHR, WORKSHOP: SAM|BASTAI-EINSTEIGER*INNENWORKSHOP

14 UHR, FILME

-"CHILE: STUDENTS BATTLE FOR FREE EDUCATION", Kurzfilm von Submedia.tv [Englisch, 5min]

-"KAMPF DER WELTEN: CHAOSTAGE 1995" [Deutsch, 80min]

16 UHR, VORTRAG: FREI.WILD – „HEIMAT. LIEBE. FICKT EUCH ALLE“

18 UHR, FILME

-"PARIS IS BURNING", Kurzfilm von Submedia.tv [Englisch, 8min]

-"PROJEKT A - EINE REISE ZU ANARCHISTISCHEN PROJEKTEN", Dokumentarfilm [Deutsch, englische Untertitel.]

Ort:
KTS Freiburg
Basler Str. 103
Es gibt vor Ort keine Parkplätze!

Kontakt: katsival [at] riseup.net
PGP-Fingerprint: E54E 7A0D E1E8 FE88 FDE9 C351 3C8B 4915 F350 A7DF

Solizweck: Alle Einnahmen (minus die entstehenden Kosten) gehen der Antirepressionsarbeit zugute.

Nähere Informationen findet ihr auf katsival.net

#06 KÜFA MIT OFFENER LESEBÜHNE UND ANSCHLIEßEND KNEIPE

Mittwoch

20:00 Uhr



Die VoKüfA lädt jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat zu gemeinsamem Speis und Trank in die KTS ein. Gekocht wird nicht nur lecker sondern auch immer vegan. Eure Spenden fürs Essen kommen meist Solidaritätszwecken zugute.

BOCK ZU HELFEN?

Kommt gerne ab 16 Uhr zum planen, schnibbeln und kochen vorbei (es braucht keine Voranmeldung!). Wir freuen uns über neue Leute die mit machen wollen.

ODER EINFACH NUR HUNGER?

Ab 20 Uhr gibt es was zu Essen, Musik und Tischkicker.

VEGAN ABER BITTE OHNE FRUKTOSE?

Wenn ihr mitessen wollt und Allergien habt ist das kein Problem. Schreibt uns einfach vorher. (Die Mailadresse findet ihr auf S. 2.)

VOKÜFA AN OLEBÜ (offene Lesebühne) mit Libe-ratout und Philipp Nihil und euch.

Gelesen wird nach leckerem Essen aus der utopischen Erzählung "Freiburg im Mai" sowie surreal groteske Kurzprosa.

Als literarisches (Soja-)Sahnehäubchen, dürft Ihr selbst Texte mitbringen und die Bühne okkupieren. Wir freuen uns auf Euer Kommen, Mitessen, Zuhören und Vorlesen.

#07 DER FISCH. EINE TIEFSEEFIKTION

Donnerstag Apokalyptische Outdoor-Performance präsentiert von der Metalkombo

21:00 Uhr Leipzig in Zusammenarbeit mit den Schattenparkern. **FINDET AUF DEM WAGENPLATZ SCHATTENPARKER IM IG NORD STATT!**



Ein biomechanisches U-Boot, ein Cyberlaternenfisch aus Stahl navigiert durch die Untiefen des Wagenplatzes. Seine Crew, halb Mensch, halb Fisch entdeckt statt eines schattigen Ankerplatzes ein fieses Tiefseelabor! Schaffen es die Mutanten das Labor total zu verwüsten und die

Koraktor

gequälten Kreaturen zu befreien?! Ein unheimliches Tiefseeabenteuer!

PUNKROCKTHEATER (Für Kinder und Erwachsene) mit Live-Aquarium und Fischmutanten-Orchester!

Davor und danach Bands und Kneipe:

TIEFSCHNARCH (Rennes, F), **SUBAQUATIQUE** Postdub-Noise mit Theremin und Bassgitarre

SENDING ALL PROCESSES THE KILL SIGNAL (Freiburg/Japan), Electrocrust vom Grund des Mariannengrabens

#09 CSD IN FREIBURG

#10



Unter dem Motto "Mein Herz schlägt gegen Rechts" wird sich am zweiten Juli-Wochenende die Straße genommen.

09.07: Politparade ab 15 Uhr, Start: Konzerthaus Freiburg

Kundgebung ab 18 Uhr bis 22 Uhr, Ort: Stühlinger Kirchplatz

10.07: Kundgebung ab 14 Uhr auf dem Stühlinger Kirchplatz

Alles weitere findet ihr im Aufruf auf Seite 8.

#13 "SEKTEMPFANG ZUR WIEDERBELEBUNG DES INFOLADENS

Mittwoch

18:00 Uhr Kommt vorbei und feiert mit uns. Weitere Informationen zum Infoladen findet ihr auf Seite 3.



#13 PUNKER*INNENKNEIPE

Mittwoch

21:00 Uhr Jeden Mittwoch ab 21 Uhr: Punker_innenkneipe Mehr Oi weniger Bla! Mit Tischkicker und guter Musik.



#19

Dienstag

20:00 Uhr



GEFANGENEN-GEWERKSCHAFT UND GEFANGENENKAMPF PRAKTISCH. GESPRÄCH MIT EX-GEFANGENEN.

Die inhaftierten Arbeiter_innen und ihre Kämpfe werden durch die Knastmauern und die Ignoranz der Medien vom Rest der Gesellschaft isoliert. Das haben wir zuletzt in Bezug auf die Repression gegen die Gefangenen-Gewerkschaft GG/BO in der JVA Untermaßfeld oder den Hungerstreik der Gefangenen in der JVA Butzbach gemerkt. Eine unserer Aufgaben besteht also darin, die Situation in den Knästen bekannt zu machen, den Gefangenen eine Stimme zu geben und über ihre Kämpfe zu informieren.

Deshalb werden wir am 19. Juli in Freiburg eine Info-Veranstaltungen mit ehemaligen Gefangenen durchführen und einen kurzen Input zum gefängnis-industriellen Komplex geben. Anschließend wird der Ex-Gefangene und GG/BOLer Georg Huß über seinen Kampf in den österreichischen Haftanstalten sprechen. Andere GG/BO-Aktive werden für eure Fragen zum Alltag des Strafvollzuges und zur Umgangsweise der Gefangenen mit schikanösen Maßnahmen der Vollzugsapparate zur Verfügung stehen.

Georg Huß saß mehrere Jahre in zahlreichen österreichischen Knästen wegen Cannabisanbau ein und arbeitete dort in verschiedenen Bereichen. Schon 2014 hatte er in der österreichischen Justizanstalt Eisenstadt einen Hungerstreik durchgeführt. 2015 baute er die Gefangenen-Gewerkschaft in Österreich mit auf und am 10. Januar 2016 trat er mit seinem Mithäfling Oliver Riepan in einen Hungerstreik in der JA Graz-Karlau. Dabei nähte er sich den Mund zu. Der mehrwöchige Hungerstreik machte sowohl im Knast wie auch in der österreichischen Presse ganz schön Wirbel. So viel, dass die österreichischen Behörden ihn zum 1. März kurzerhand zwei Jahre vor dem eigentlichen Haftende entließen und ihn die BRD auswiesen. Mit zehnjährigem Einreiseverbot. Georg Huß ist weiterhin in der GG/BO aktiv.

Eine Veranstaltung von:
Autonome Antifa Freiburg, Referat für politische Bildung, FAU Freiburg, EA Freiburg

#19

Dienstag

21:00 Uhr



KARINA KVIST & LYPURÁ

Seafood Show

Sollten **KARINA KVIST** aus Bamberg es tatsächlich schaffen, sich aus ihrem voll beladenen Renault Clio zu schälen, gibt es abwechselnd Geschrei und Melodie.

Mit dabei: **LYPURÁ**, die feinsten Karlsruher 90er-Emo servieren. Zu traurig, um zu weinen, aber trotzdem ziemlich toll. Mit welchem Gefährt sie anreisen ist derzeit noch unklar.

Es gibt: viel Geschrei, keine Kicks!

#20

Mittwoch

20:00 Uhr



KÜFA MIT KNEIPE

Schlemmen für 'nen Solizweck

Die VoKüfA lädt jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat zu gemeinsamem Speis und Trank in die KTS ein. Gekocht wird nicht nur lecker sondern auch immer vegan. Eure Spenden fürs Essen kommen meist Solidaritätszwecken zugute.

BOCK ZU HELFEN?

Kommt gerne ab 16 Uhr zum planen, schnibbeln und kochen vorbei (es braucht keine Voranmeldung!). Wir freuen uns über neue Leute die mit machen wollen.

ODER EINFACH NUR HUNGER?

Ab 20 Uhr gibt es was zu Essen, Musik und Tischkicker.

VEGAN ABER BITTE OHNE FRUKTOSE?

Wenn ihr mitessen wollt und Allergien habt ist das kein Problem. Schreibt uns einfach vorher. (Die Mailadresse findet ihr auf S. 2.)

#20

Mittwoch

20:00 Uhr



VOR 80 JAHREN: "DIE UTOPIE LEBEN! DER ANARCHISMUS IN SPANIEN" IM STRANDCAFE

Ab dem 19. Juli 1936, vor nun 80 Jahren, kam es zeitgleich mit dem Kampf gegen den faschistischen Franco-Putsch, in weiten Teilen Spaniens zu einer sozialen Revolution, deren

stärkste Kraft die AnarchistInnen waren.
 Aus diesem Anlass wollen wir den Film "Die Utopie leben! Der Anarchismus in Spanien" (Originaltitel: "Vivir la Utopia" von Juan Gamero, Dokumentation 1997, 95 Min.) zeigen.

Unter freiburg.fau.org findet sich auch eine Literaturliste.

ORT: FINDET STRANDCAFE (ADLERSTR. 12) STATT

1				4		3	8	5
9	5						4	
			2		5			
					1		6	
7	3		6	9	2		5	4
	9		5					
			9		8			
	1						3	6
2	7	4		5				1

#27

PUNKER*INNENKNEIPE

Mittwoch

Jeden Mittwoch ab 21 Uhr:

21:00 Uhr

Punker_innenkneipe

Mehr Oi weniger Bla! Mit Tischkicker und guter Musik.



KTS # IMMER

Donnerstag 18-20 Uhr

UMSONSTLADEN

Abgeben, Abholen, Mitnehmen. Alles für Nix.

1. & 3. Montag 19-20 Uhr

EA/ROTE HILFE

Hilfe bei Problemen mit der Polizei, Repression und politischen Prozessen.

Mittwoch 18-20 Uhr

INFOLADEN

Bücher und Zeitschriften, Buttons und Aufnäher, T-Shirts, Kaffee, etc. Schreibt uns gerne an infoladen[at]kts-freiburg.org

3. Fr. & 1. Do. im Monat 20 Uhr

FAU FREIBURG

Jeden 3. Freitag in der Fabrik J. 1. Donnerstag gewerkschaftliche Beratung im Strandcafé freiburg.fau.org

Dienstag ab 19 Uhr

OFFENES ARTISTIKTREFFEN

im Café

Dienstag ab 19 Uhr

SAMIBASTA!

Sambaband als politische Aktionsform. We have everything to play for!!!

Bei Bedarf

RECHERCHE-UND MEDIENZIMMER(RUMZ)

Kopieren, Drucken, Recherchieren, Videos schneiden, Flyer layouts, uvm. Kein Problem, einfach Mail an rumz[at]riseup.net schreiben.

Bei Bedarf

OFFENE SIEBDRUCKWERKSTATT

Ab und zu offen, einfach ne Mail an siebdruck[at]kts-freiburg.org schreiben.

BIKE KITCHEN



FAHRRAD SELBSTHILFE WERKSTATT

Gartenstraße 19 Hinterhaus
 bike-kitchen@protonmail.com

Infos: www.quitter.se/bkfr

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch + Freitag ab 14:00 Uhr

Wagenleben auf dem August



An einem warmen und sonnigen Dienstagabend konnte Mensch sich auf dem Augustinerplatz in der Freiburger Innenstadt gemütlich über Wagenkollektiven und deren Kämpfe informieren.

Der Platz ist belebt, Leute sitzen plaudernd herum und ein paar Menschen versuchen sich im nicht mit Wasser gefüllten Bächle die Füße abzukühlen. Die Umgebung ist geschmückt mit Transparenten. In Wohnzimmeratmosphäre steht zwischen Museumsbaustelle und Bächle ein Wagen des Kollektivs Sand im Getriebe. Vorne dran ein ausgerollter Teppich, darauf Stühle, ein Sofa, ein Tisch, ein paar Blumen und es liegen Flyer aus. Bei

Sekt mit O-Saft informieren sich immer wieder Grüppchen über die derzeitige Situation von Wagenkollektiven in Freiburg und Köln.

Wie Mensch aus Gesprächen und Flyern herausfinden konnte, ist das ganze eine Soliaktion für den mittlerweile 27 Jahre alten Wagenplatz "Wem gehört die Welt?" in Köln. Seit Monaten kämpft das Kollektiv um den Erhalt der Fläche, die es seit 22 Jahren belebt. Die Stadt Köln will diese verkaufen um Wohnraum zu "schaffen". Für deren Erhalt findet am 25. Juni in Köln eine Wagedemo statt. Um eine Stellungnahme der Stadt Köln zu erzwingen, haben sie eine Petition gestartet.

Irgendwann kommen auch die Cops dazu, etwas irritiert fragen sie, ob es noch mehr Wägen werden. Dies wird verneint, was ihre Angst vor einem Konvoi durch die Innenstadt etwas besänftigt. Mehr wollten sie wohl nicht und ziehen von dannen. Dass sie sagen wir wollen deren "Schrottkarre" sowieso nicht für einen Konvoi, stimmt übrigens nicht. So einen Bullenwagen fahren und die Innenstadt... Mensch kann ja noch träumen.

CSD 2016 9. – 10. Juli in Freiburg: Mein Herz schlägt gegen Rechts.

QUEERE EMANZIPATION GEGEN DEN RECHTSRUCK VERTEIDIGEN.

Die Zeiten, in denen sich die „Homobewegung“ auf der Welle des bürgerlichen Fortschritts immer weiter Richtung rechtliche Gleichstellung und Antidiskriminierung tragen lassen konnte, sind vorbei. Seit mehreren Monaten dominieren rechte Kräfte die politische Bühne, welche immer mehr Zulauf bekommen. Überall in Europa sind nationalistische und völkische Parteien und Bewegungen auf dem Vormarsch und immer mehr Staaten fallen in Nationalismus zurück, um sich der Flüchtlingsaufnahme zu verweigern. In Deutschland, wo jeden Tag wieder Flüchtlingsheime brennen, gehen jede Woche sogenannte „besorgte Bürger“ – Völkische,

Autoritäre, Nationale und Faschist*innen aus allen sozialen Schichten – bei Pegida und dessen Ablegern auf die Straße. „Wir sind das Volk“ rufen sie und fordern die nationale Abschottung des Vaterlandes gegen Asylsuchende und Migrant*innen. Ihr institutionalisiertes Sprachrohr ist die rechte Partei „Alternative für Deutschland“, die sich im Zuge der Flüchtlingskrise von einer unbeachteten Rechtsaußenpartei zur „Stimme des Volkes“ erheben konnte. Ihren Zuspruch finden AfD und Pegida schon lange nicht mehr nur im rechtsextremen Milieu. Immer größere Teile der ehemals bürgerlichen Mitte sympathisieren unverhohlen mit ihren rassistischen Ressentiments gegen Geflüchtete und Migrant*innen. Die etablierten Parteien sehen dem Erstarken der neuen Rechtsaußenkraft unbeholfen zu und

stärken sie sogar, indem sie ihre Positionen Schritt für Schritt übernehmen, wie es die ganz große Koalition der Asylrechtsverschärfer, bestehend aus CSU, CDU, SPD und den Grünen, immer wieder demonstriert. Der Ruf nach einer Abkehr von internationaler politischer Zusammenarbeit und der Europäischen Union, sowie nach einem Rückzug in die durch Grenzanlagen abgeschottete Nation wird immer lauter. Die gewaltvolle Kehrseite dieses gesellschaftlichen Rechtsrucks sind die täglichen Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, die pogromartigen Szenen in Clausnitz, Bautzen und Heidenau und Angriffe auf Menschen, die nicht „deutsch“ genug erscheinen.



Diese Entwicklungen führen nicht nur zu einer immer offeneren Ausländer*innenfeindlichkeit, sondern stellen eine Gefahr für alle gesellschaftlichen Minderheiten und deren Emanzipationserfolge dar, da sich das Verständnis von Demokratie drastisch verändert hat. Liberale Auffassungen einer Demokratie, die auf Bürger*innen als vernunftbegabte Individuen beruht, die fest mit persönlichen Freiheiten und dem Schutz von Minderheiten verbunden ist und die sich in globalen Zusammenhängen und einem freien Europa eingebunden sieht, weichen immer mehr der Vorstellung einer deutschen Volksgemeinschaft. An die Stelle einer pluralen Gesellschaft tritt die erdrückende Gemeinschaft, in der nur akzeptiert wird, wer sich ihrem Konformitätszwang beugt. Der Hass der Völkischen auf die liberale Moderne äußert sich im Antisemitismus, Antifeminismus, sowie in der Ablehnung von LSBTTIQ*.

Das zeigt sich auch im Programm der AfD, die emanzipierte Frauen wieder in das traditionelle Korsett aus Haus, Herd und Kindern

zurückdrängen möchte und Gleichstellungsmaßnahmen wie das sogenannte „Gender Mainstreaming“ und Frauenquoten vehement ablehnt. Wider alle Erkenntnisse moderner Wissenschaft behauptet die AfD, gleichgeschlechtliche Paare oder alleinerziehende Eltern seien nicht in der Lage, für das Wohl ihrer Kinder zu sorgen. Die AfD, bekannt für Parolen wie „Lügenpresse“ und „Umerziehung“, strebt die Kontrolle der Medien, der Pädagogik, der Wissenschaft und der Kunst an, um ihre ideologischen Vorstellungen von Heteronormativität, Frauenunterdrückung und Vaterlandsliebe zu verbreiten. Im Zuge dessen sollen etwa Schulbücher, in denen neben klassischen heterosexuellen Familienkonstellationen auch die Lebensrealität von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten oder Regenbogenfamilien dargestellt wird, verboten werden. Queere Menschen, die ehrenamtlich an Schulen über sexuelle Vielfalt aufklären, werden zu Lobbygruppen dämonisiert, vor denen die Kinder zu schützen seien. Diese Forderungen sind von der Repression autoritärer Staaten gegen sogenannte „Homo-Propaganda“, wie in Russland, nicht mehr weit entfernt. Auch die antiintellektuelle Abwehrhaltung gegen feministische Wissenschaft zeigt, dass die AfD und ihre Anhänger*innen die Gesellschaft in vormoderne Verhältnisse zurückführen wollen, in denen das kritische Hinterfragen gesellschaftlicher Machtverhältnisse nicht mehr möglich ist.

Parallel zur völkischen Regression wird die liberale Demokratie auch von religiösen Ideologien angegriffen. Unter den Teilnehmenden der „Demo für alle“, die seit über zwei Jahren in Stuttgart gegen die Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schulen, gegen die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare und andere Antidiskriminierungsmaßnahmen protestiert, finden sich zwischen AfD-Anhänger*innen und Neonazis auch christliche Fundamentalist*innen.

Auch der sich zunehmend radikalisierende politische Islamismus greift in verschiedenem Ausmaß um sich. Der türkische Ministerpräsident Erdogan baut die einstige Demokratie zunehmend in einen autoritären Gottesstaat um. Nicht nur die Pressefreiheit wurde unter Erdogan extrem eingeschränkt, auch das Demonstrationsrecht und

die Meinungsfreiheit werden radikal angegriffen. So wurde beispielsweise letztes Jahr der Christopher-Street-Day in Istanbul und dieses Jahr eine feministische Demonstration gewaltsam unterbunden. Weiterhin führt Erdogan einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und kriminalisiert die Partei HDP, die eine wichtige politische Kraft für Säkularismus und die Gleichstellung von Frauen und sexuellen Minderheiten in der Region ist. In den islamischen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas werden queere Minderheiten verfolgt und oftmals warten harte Gefängnisstrafen oder sogar der Tod auf sie. Aus den Gebieten, die unter der Kontrolle der Terrororganisation „Islamischer Staat“ stehen, erreichen uns immer wieder schreckliche Bilder von Hinrichtungen vermeintlich Homosexueller. Im Kampf für Emanzipation und gegen die Barbarei islamistischer Terrororganisationen und Regimes gilt allen von homo- und trans*feindlicher Gewalt und Verfolgung betroffenen Menschen und Aktivist*innen unsere Solidarität.

Völkischer Nationalismus und religiöser Fanatismus haben vieles gemeinsam. In beiden Weltbildern soll die liberale Gesellschaft durch eine Volks- bzw. Glaubensgemeinschaft ersetzt werden, in welchen Individualismus, persönliche Freiheit und selbstbestimmtes Leben unmöglich sind. Seit die Pegidisten sich gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ positioniert haben, um ihren Rassismus gegen muslimische Migrant*innen zu begründen, tun sich Liberale und Linke schwer, emanzipatorische Kritik an religiösen Ideologien zu äußern. Für uns ist klar: Sexismus, Homo- und Trans*feindlichkeit gibt es in allen Gesellschaften, gerade auch in der deutschen. Dennoch muss Religion dort, wo sie Individuen, Organisationen oder Staaten als Legitimation für homo- und trans*feindliche Aussagen oder Taten dient, zum Gegenstand unserer Kritik werden. Gleichzeitig wollen wir uns nicht mit der rassistischen Feindschaft gegen Muslim*innen gemein machen. Die Offenheit für Migrant*innen und das bedingungslose Menschenrecht auf Asyl sind fester Bestandteil einer liberalen Gesellschaft, in der auch die Emanzipation queerer Menschen möglich ist. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen, die aufgrund von Verfolgung, Bürgerkrieg, Diskriminierung oder Armut nach Europa fliehen. Es ist die Aufgabe dieser Gesellschaft, Geflüchtete willkommen zu heißen, zu versorgen und ihnen

Integration zu ermöglichen.

Auch in der queeren Szene macht sich der gesellschaftliche Rechtsruck bemerkbar. Viele Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*- und Inter*-Personen unterstützen rechte Parteien und Bewegungen und positionieren sich wahlweise rassistisch, sexistisch, trans*feindlich oder auf ähnliche Art und Weise antiemanzipatorisch. Die Gründe dafür sind verschieden: Mal ist es die mangelnde Reflexion eigener Vorurteile oder Ansichten, mal ist es eine politische Strategie um die eigene gesellschaftliche Anerkennung auf dem Rücken anderer Minderheiten zu erreichen, oft ist es beides. Gefährlich ist das allerdings immer, denn ein Bündnis mit regressiven, antiemanzipatorischen politischen Kräften und Ideen einzugehen, gefährdet mittelfristig die eigenen Freiheiten und die Freiheiten aller. Der CSD Freiburg positioniert sich gegen jeden Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Homophobie hat in Deutschland eine lange Tradition: Im NS-Faschismus ließen die Deutschen Homosexuelle verfolgen. Hunderttausende wurden registriert, viele wurden verurteilt, inhaftiert oder in den Konzentrationslagern ermordet. Die Homosexuellen-Verfolgung im Dritten Reich wurde von der bundesrepublikanischen Gesellschaft als rechtens anerkannt und fortgesetzt. In der Aufarbeitung der NS-Verbrechen, die im Nachkriegsdeutschland zur neuen Nationalideologie wurde, wurden Homosexuelle als Opfergruppe des NS systematisch ausgeblendet, zum Schweigen gezwungen und mit Vergessen bestraft. Erst 1994 wurde Homosexualität vollständig entkriminalisiert. Die Opfer des sogenannten „Schwulenparagraphen 175“ wurden bis heute nicht rehabilitiert. Erst im 21. Jahrhundert begann der Weg der rechtlichen Gleichstellung, die bis heute nicht vollständig erreicht ist. Sexuelle und geschlechtliche Minderheiten sind immer noch von verschiedensten staatlichen Benachteiligungen betroffen; gesellschaftliche Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt sind vielerorts Alltag.

Die Freiheiten, die LSBTTIQ* heute genießen, sollten selbstverständlich sein, doch sie sind spät

und hart erkämpft worden. Jederzeit können sie zurückgenommen werden, wenn rechte, religiöse und völkische Ideen in der Gesellschaft erstarken. Wir wollen es nicht so weit kommen lassen. Lasst uns die erreichten Teilerfolge queerer Emanzipation und die offene Gesellschaft gegen den völkischen Rollback verteidigen!

Die Parade durch die Innenstadt startet am Samstag, 9. Juli, um 15 Uhr am Konzerthaus und endet mit einem bunten Fest mit Konzerten auf dem Stühlinger Kirchplatz. Außerdem gibt es ein Vortrags- und Partyprogramm. Mehr Informationen gibt es auf

csd-freiburg.de



Dienstag, 07.06.2016

Die NPD Baden-Württemberg hat bei ihrem 51. Landesparteitag am 5. Juni einen neuen Landesvorstand gewählt. Alexander Neidlein tritt als

Landesvorsitzender ab, bleibt aber weiterhin Landesgeschäftsführer und stellvertretender Landesvorsitzender. Neidleins Nachfolger als Landesvorsitzender wird Janus Nowak, der auch für die Öffentlichkeitsarbeit und die IT-Infrastruktur der BaWü-Nazipartei verantwortlich ist. Dominik Stürmer wird zweiter stellvertretender Landesvorsitzender sowie Pressesprecher,

Neuer NPD-Landesvorstand

Matthias Brodbeck wird „Landesorganisationsleiter“. Für die „Interessenten- und Mitgliederbetreuung“ wird Marina Djonovic zuständig sein, weiterhin LV-Mitglieder bleiben Edda Schmidt („Kultur und Brauchtum“), Reinhild Ufermann („Frauen und Senioren“) und Jürgen Schützinger („Kommunalpolitik“). Der in Ungnade gefallene bisherige Schatzmeister Heiko Köhler wird durch Jan Zimmermann abgelöst. Für die Kontakte zu Kameradschaften soll Siegfried Pauly zuständig sein und für die sich momentan besonders verbalradikal und aktionistisch gebende Nachwuchsorganisation JN ist Maximilian Reich Mitglied des Landesvorstands der NPD.

autonome-antifa.org

Strandcafé

Kaffee,
Kuchen
und mehr

auf dem Grethergelände

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Donnerstag: 10 - 18 Uhr

Freitag: 14.30 - 18 Uhr

Samstag: 10 - 17 Uhr

Donnerstags: Veganer Kuchen

21 - 1 Uhr: DieKneipe

Freitags, 21 - 1 Uhr: Strandbar abwechselnd

mit Rosa-Hilfe-Kneipe

Erster Dienstag im Monat, 20.30-23 Uhr: Volkküche



grafik: @annika gemlan · asombarsdelstnr.wordpress.com

Für Bewohner_innen und Freund_innen des Grethergeländes · Adlerstr. 12 · strandcafe.blogspot.eu

Renitenz der JVA Freiburg!?

In der Literatur ist das Phänomen der „Renitenz der Gefängnisbehörden“ nicht unbekannt. Anhand von sechs Verfahren möchte ich dies exemplarisch darstellen.

STROMKOSTEN

Sicherungsverwahrte und Strafgefangene sind an den Kosten für von ihnen betriebenen Elektrogeräten insofern zu beteiligen, als dass anteilig Stromkosten erhoben werden dürfen. Nachdem ich mich schon 2013, wie auch in den Folgejahren gerichtlich gegen die aus meiner Sicht zu hohen Stromrechnungen der JVA Freiburg wehrte, hat nun mit Beschluss vom 10. Mai 2016 (13 StVK 145/15, u.a.) das Landgericht Freiburg, mal wieder entsprechende Rechnungen der Haftanstalt aufgehoben. Ob Stromkosten, oder auch die "Kabelgebühren" für den TV-Anschluss - alles rechtsfehlerhaft berechnet.

ALKOHOLFREIES BIER

Wer trinkt nicht gerne einmal einen Schluck Alkohol?! Da in Vollzugsanstalten striktes Alkoholverbot gilt, hatte ich 2014 die Genehmigung alkoholfreien Bieres beantragt, was die Anstaltsleitung ablehnte, obwohl in anderen Anstalten, bspw. in der JVA Rosdorf, solche Sorten problemlos erwerbbar sind. Die Anstalt sieht die Resozialisierungsbemühungen in Gefahr, sollten solche Getränke zugelassen werden. Die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Freiburg (12 StVK 501/14) bezeichnet mit Beschluss vom 4.5.2016 diese Verfügung als "rechtswidrig", und sachlich nicht nachvollziehbar.

ABSENDUNG VON BRIEFEN NUR MIT ABSENDER

Für gewöhnlich schreibe ich außen auf ein Briefkuvert keinen Absender, manchen EmpfängerInnen ist es zudem unangenehm Post mit einer JVA-Adresse zu erhalten. Am 02.03.2016 verfügte Sozialoberinspektor Thomas G., ich müsse zwingend die korrekten Absenderangaben auf Kuverts schreiben und gab mir drei Briefe zurück. Er weigere sich, diese zu befördern.

Mit Beschluss vom 06. Mai 2016 (13 StVK 91/16) bezeichnete das Landgericht Freiburg auch dies als rechtswidrig; in einem Zwischenverfahren um einstweiligen Rechtsschutz gegen diese Anordnung, war auch schon der Baden-Württembergische Verfassungsgerichtshof mit dem Fall befasst und hat sich die Akten vorlegen lassen.

VERWEIGERUNG UND BEHINDERUNG VON BESUCHEN

Ist schon die Behinderung von Briefwechseln eine schwere Belastung für Insassen, die situationsbedingt froh um jeden Außenkontakt sein müssen, zumal mit zunehmender Haftdauer (ich selbst sitze das 20. Jahr in Haft), so ist die Verweigerung oder Behinderung von Besuchen eine noch intensivere Belastung der wenigen Sozialkontakte, über die Häftlinge verfügen.

In Fall 1 hatte die JVA Freiburg sich geweigert, mir für den 15. Mai 2015 (meinem Geburtstag) einen Besuch zu gestatten, da aus organisatorischen Gründen, Besuche nicht möglich seien. Das LG billigte dies, mit Beschluss vom 27.07.2015 (2 Ws 247/15) hob jedoch das Oberlandesgericht Karlsruhe den landgerichtlichen Beschluss auf. Nachdem das Landgericht sich auch im zweiten Anlauf unbelehrbar zeigte, entschied auf weitere Rechtsbeschwerde das Oberlandesgericht (2 Ws 68/16) am 06.04.2016, dass die Verweigerung des Besuchstermins rechtswidrig gewesen sei.

Im Fall 2 ging die JVA noch dreister vor: eine Freundin klingelte gegen 12:44 Uhr an der Pforte der JVA - dort schickte der Wärter sie fort. Was war ihr Verbrechen? Der Wärter forderte, Frau G. hätte schon um 12:40 Uhr dort klingeln müssen, das habe der Herr Anstaltsleiter so verfügt. Jede Besuchsperson habe gefälligst mindestens 20 Minuten vor Besuchsbeginn dort zu schellen.

Hier kam das Landgericht Freiburg (13 StVK 42/15) ohne obergerichtliche Belehrung auf die Idee, dass solch ein zwanghaftes Vorgehen -Zitat-"rechtswidrig" sei, und zwar mit Beschluss vom 25.02.2016.

Am 12. Mai 2016 sprach ich, da ich ihn zufällig traf, Amtsinspektor mit Stellenzulage S. auf den Beschluss an, er ist Chef der Besuchsabteilung, wie er denn die Entscheidung nun umsetze, zumal der Mitinsasse H., dem es ähnlich erging, auch vor Gericht obsiegte. Lächelnd wies er mich darauf hin, für ihn seien die Gerichtsentscheidungen unbeachtlich, er habe das umzusetzen was der Anstaltsleiter anordne. Und der beharre weiterhin auf dieser Regelung, ob sich unter dem nunmehr neu ins Amt gekommenen Anstaltsleiter, Herrn Völkel etwas ändere, das wisse er nicht. Für ihn selbst jedenfalls sei nur verbindlich, was der Herr Behördenleiter sage, nicht das was Gerichte entscheiden würden.

PETITESSE UND POSSE

Wer möchte nicht einmal heißen Kaffee aus einer formschönen Edelstahl-Thermoskanne trinken? Oder sein Frühstück aus einer Edelstahl-Frühstücksbox entnehmen? Die taz (taz.de) bietet schöne Thermoskannen und Brotboxen an - nur leider verbietet die JVA Freiburg den Kauf, und führte dann am 11.03.2016 gegenüber dem zwischenzeitlich eingeschalteten Landgericht aus, dass aus Sicherheitsgründen solche Utensilien ausnahmslos "aus Kunststoff bestehen" müssten.

Wie sonderbar, verkauft doch der Gefängnis Kaufmann, die Firma Massak Logistik GmbH an die Insassen Thermoskannen aus Edelstahl. Ich also die Kammer zügig darüber informiert, dass aus meiner Sicht der JVA-Vertreter das Gericht objektiv unwahr beauskunftet habe, um einem ansonsten erfolgreichen Klagebegehren zu unterliegen.

Kleinlaut räumte besagter JVA-Vertreter dann mit Schriftsatz vom 03.05.2016 ein, dass man an der mit Schriftsatz vom 11.03.2016 getätigten Auffassung nicht mehr festhalte.

Allerdings muss ich nun noch die Entscheidung des Gerichts abwarten, bevor ich mir dann künftig heißen Kaffee werde aus einer roten Thermoskanne entnehmen und die Brotzeit in einer schmucken Box werde verstauen können.

ZUSAMMENFASSUNG

Fragt sich irgendwer, wieviel SteuerzahlerInnen-Gelder verschwendet werden, weil uneinsichtige JustizvollzugsanstaltsmitarbeiterInnen abwegige Rechtsauffassungen vertreten und aus Insassensicht ihr Lebensglück darin zu finden scheinen, berechnete Ansprüche von Inhaftierten mit allen Mitteln abzuwehren und erst wenn sie von Gerichten faktisch gezwungen werden, ihr Verhalten zu ändern (und selbst dann nicht, wie die oben geschilderte Rechtsauffassung des Besuchs-Chefs der JVA Freiburg illustriert)?

Dass solch Beamte und Beamtinnen dann Gefängnisinsassen vermitteln sollen, es "lohne" sich, wenn man Recht und Gesetz beachte, erscheint besonders pittoresk.

Seit 2013 habe ich dutzende Verfahren gegen die Anstalt gewonnen - und es liegen noch viele Jahre vor mir, es werden teure Jahre für den Steuerzahler, denn auf Seiten der Vollzugsanstalt ändert sich nichts.

Die einzelnen Entscheidungen findet ihr als pdf unter:

linksunten.indymedia.org/node/180304

Thomas Meyer-Falk,
c/o JVA (SV)
Hermann-Herder-Str. 8
D-79104 Freiburg

freedomforthomas.wordpress.com



Erlebnisbericht: Grossdemo 14. Juni (Paris)

Für den Dienstag 14. Juni mobilisierten antagonistische (widerständische) Kräfte, Gewerkschaften, etc. zu einer Grossdemo in Paris. Diesem Aufruf folgten zahlreiche solidarische Menschen aus vielen Ländern Europas.

Am Abend vor dem 14. Juni fand ein Attentat von Daesh (Islamischer Staat) auf einen Polizisten und seiner Frau statt. Dieser Anschlag prägte im Vorfeld der Demo das mediale Geschehen. So wurde von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, wie der Staat versuchte den Protest zu kriminalisieren und einzuschüchtern, in dem alleine 130 Menschen aus Paris, sowie mehrere Tausend aus anderen Städten ein Rayonverbot (Anmk: Rayon=Umkreis, sowas wie ein Stadtverbot) erhielten. Dies bedeutete für Hunderte ein Verbot, um an der bewilligten Demo teilzunehmen.

Zu Beginn der Demo am Dienstag fanden bereits ab 10 Uhr vereinzelt Kontrollen statt. So wurde beispielsweise ein Bus der Anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT-F gestoppt und durchsucht.

Gegen Mittag hatten sich schon zehntausende Gewerkschafter*innen versammelt und mit ausgerollten Transparenten erste Blöcke formiert. Der Zug war gegen 13 Uhr bereits so lang, dass sich die Demospitze gut ein Kilometer vom Versammlungsort entfernt formieren musste.

Zahlreiche kleinere Polizeitrupps beobachteten nervös, wie sich rund 3'000 Menschen an der Spitze der Demo zu einem antagonistischen Block zusammenschlossen. Die Gewerkschaften willigten im Vorfeld ein, dass der Block die Demo anführen dürfe. Mit einer kleineren Verzögerung lief die Demo gemächlich los. Es wurde lautstark und in

verschiedenen Sprachen Parolen angestimmt. Nach wenigen hundert Metern stürmten nicht zum letzten Mal an diesem Tag Polizeitruppen auf die Demo. Die kurze Stille wurde durch die dutzende dumpfe Schläge auf die Oberkörper des antagonistischen Blockes durchbrochen. Viele gingen zu Boden und die Polizei nahm in Kauf, dass Menschen hätten zertrampelt werden können. Durch die Brutalität des Angriffs, wollte die Staatsgewalt früh für klare Verhältnisse sorgen.

Die unerwartete Attacke löste einige Verunsicherungen aus und der antagonistische Block spaltete sich in mehrere Teile. In den nächsten drei Stunden und über fünf Kilometer hinweg kam es fortan zu heftigen Angriffen von Riotcops, Sondereinheiten und Zivitruppen auf den vorderen Teil der Demonstration. Dabei wurden Unmengen von Tränengaspetarden verschossen, die sogleich wieder zurückgeschossen wurden.

Die Polizei stellte sich der Demospitze wiederholt in den Weg. Der antagonistische Block kämpfte um jeden Meter, um auf den Abschlussplatz der Kundgebung zu gelangen. Zudem gingen immer wieder Polizeitrupps mit Schlagstöcken von der Seite in den Demonstrationzug rein und knüppelten alles nieder was sich bewegte, um sich anschliessend wieder zurückzuziehen. Durch diese Angriffe sollten einerseits der antagonistische Block gesprengt werden und andererseits Massenpaniken provoziert werden. Nur durch die Besonnenheit einiger Teilnehmer*innen konnte verhindert werden, dass Menschen erdrückt oder zertrampelt werden.

Eine Spaltung in den „bösen“ militanten Block und in „gute“ Gewerkschafter*innen gelang der Polizei nicht. Trotz der gezielten Angriffe der Staatsgewalt





schlossen anfangs die Gewerkschaftsblöcke entschlossen zur Spitze auf, später vermischten sich die verschiedenen Blöcke. Die gegenseitige Solidarisierung intensivierte die Übergriffe der Polizei und so wurden alte Gewerkschaftler*innen, Journalisten oder helfende Demo-Sanitäter*innen ebenso zu Zielen der Schlagstöcke.

Am Abschlussplatz angekommen, löste sich der antagonistische Block langsam auf.

Beim Place des Invalides wurden anschliessend alle Zugänge von der Polizei abgeriegelt. Als sich der Platz langsam füllte, setzte die Staatsgewalt zum letzten Schlag aus. Die ganze Fläche wurde massiv eingeebelt und nachdem der Vorrat an Gasgranaten allmählich zu Ende ging, setzten zwei Wasserwerfer der Masse nach.

Am Abend gab es in Paris mehrere wilde Spontandemonstrationen, die die ermüdete Polizei durch die Stadt hetzte. Durch die massive Gewalt der Polizei wurden im Laufe des Tages mehrere Hundert verletzt, es gab viele Platzwunden und sogar einen lebensgefährlich Verletzten.

Der angekündigte „grosse Tag“ der antagonistische Bewegung und der Gewerkschaften kam einigermaßen zu Stande. Viele Menschen solidarisierten sich über die Grenzen hinweg und reisten nach Paris. Auch die enthemmte Brutalität

der Polizei konnte die Meisten nicht davon abschrecken die Demonstrationsroute zu Ende zu laufen. Die Gewerkschaften mobilisierte Hunderttausende, verpasste es aber deutlich, die nach eigenen Angaben eine Million Menschen auf die Strasse zu bringen.

Im Rahmen der Proteste gegen Arbeitsmarktreformen, Kapitalismus und Staat, signalisiert die sozialistische Regierung gnadenlose Härte. So wurden am Abend des 14. Juni vom Staatspräsidenten Hollande laut der Gedanke geäußert, für ganz Frankreich ein Demo-Verbot zu erlassen. Die Bewegung muss sich in den kommenden Wochen auf noch mehr Repression gefasst machen.

Die Reise nach Paris und die Teilnahme an der Grossdemo war für uns sehr aufschlussreich. Noch immer wird im deutschsprachigen Raum zu wenig über die Proteste in Frankreich berichtet und kaum analysiert. Deswegen erachten wir es als wichtig, die gemachten Erfahrungen vom 14. Juni zu diskutieren und zu veröffentlichen.

TOUT LE MONDE DÉTESTE LA POLICE!

Anarchistische Gruppe Bern
12.06.2016

Rede: Solidarität mit den Kämpfenden in Frankreich!

Seit drei Monaten gibt es in Frankreich vielfältige und beharrliche Proteste gegen ein neues Arbeitsgesetz, das Loi Travail. Die Herrschenden versprechen sich von diesem Gesetz eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Sie versprechen sich niedrigere Arbeitslosenzahlen. Dabei ist vollkommen unklar, ob so wirklich mehr Lohnarbeitsbetreffende und Ausbeutungsplätze geschaffen werden. Klar ist nur: in der Sprache der Herrschenden bedeutet "flexibel" willkürliche Verfügung über Arbeitszeit; "flexibel" heißt unbezahlte Mehrarbeit; "flexibel" heißt Erleichterung von Kündigungen. "Flexibel" heißt: je nach Markt- und Auftragslage, "flexibel" heißt: durch einfache Betriebsvereinbarungen auferlegt, an allen Gewerkschaften vorbei. Viele Menschen auf Frankreichs Straßen antworten darauf: Diese Flexibilität wollen wir nicht! Eure Ausbeutungsplätze wollen wir nicht!

NIEDRIGLOHN, ZWANGSARBEIT, DAFÜR HAM WA KEINE ZEIT!

Hunderttausende antworten Woche für Woche mit wilden Demos, Streiks, Platzbesetzungen und Blockaden von Schul- und Werkstoren. Das sind echte Unruhen. Unruhig sind Arbeiter*innen, Student*innen und Schüler*innen. Unruhig sind aber auch diejenigen, die nicht auf die Straße gehen: drei Viertel der Bevölkerung lehnen diese sogenannte Reform ab. Diese Unruhen sind nicht nur eine Reaktion auf die französische Variante der Hartz-IV-Gesetze. Sie sind auch eine wütende Reaktion auf eine erzwungene Zeit der Ruhe. Sie sind auch eine Reaktion auf massive staatliche Repressionen unter dem Vorwand der Terrorabwehr. Solche Halluzinationen über die nationale Sicherheit, die für Einschränkungen unserer Freiheit sorgen sollen, kennen wir nur zu gut. Die Gefahrengelände, die Festung Europa, die rassistische Polizeigewalt, die Jobcenter-Maßnahmen wollen wir nicht!

GEFahreNGEBIETE ABSCHAFFEN! GRENZEN ABSCHAFFEN! POLIZEIGEWALT ABSCHAFFEN! JOBCENTER ABSCHAFFEN! LOI TRAVAIL ABSCHAFFEN!

In den letzten drei Wochen wurde der Druck

durch die Arbeiter*innenklasse massiv erhöht: Druck durch Streiks in Atomkraftwerken, bei der Bahn, in der Pariser Metro und auf Flughäfen. Streiks und Blockaden in Ö Raffinerien brachten ein Viertel der französischen Tankstellen zum Erliegen. Ein Streik in einer Müllverarbeitungsanlage bescherte den Herrschenden das, was ihre Arbeitsmarktreform und ihre ganze repressive Gesetzgebung selbst ist: einen riesigen stinkenden Müllberg. "Wir haben die Macht, die Wirtschaft zu lähmen. Leider ist das die einzige Sprache, die die Politik versteht" sagte ein Arbeiter bei der Blockade einer Ö Raffinerie.

KAMPF AUF DER STRASSE, STREIK IN DER FABRIK, DAS IST UNSERE ANTWORT AUF EURE POLITIK!

Und die Arbeiter*innen verpassen dem Kapital tatsächlich einige Ohrfeigen! Diesmal sind es die Herrschenden, die unruhig werden: "Diese Situation kann unserer Wirtschaft schaden", jammerte der Premierminister Manuel Valls. Der Energie-Konzern Total überlegt, weniger ins Frankreich-Geschäft zu investieren. Und die konservativen Medien schüren schon Panik, dass ihre geliebte Fußball-Europameisterschaft im Chaos versinkt. Wir freuen uns auf ein hübsches Chaos! Unsere Schwestergewerkschaft CNT und viele andere mobilisierten zum 14. Juni nach Paris, und auch GenossInnen der FAU waren dort anwesend und zeigten ihre Solidarität mit den Kämpfenden des manif 14juin.

Jetzt, wo die Regierung selbst unruhig wird, will sie auf Geheiß von Arbeitgeber*innen und Kapital die Proteste eindämmen. Sie setzt auf die Spaltung einer Bewegung, die wie jede lebendige soziale Bewegung innere Widersprüche hat. Sie setzt auf Befriedung durch laue Zugeständnisse gegenüber der intellektuellen Elite. Sie setzt auf die Erschöpfung der Platzbesetzungen und Demonstrationen. Nicht zuletzt setzt sie auf rohe Polizeigewalt. Diese Gewalt richtet sich gegen Arbeiter*innen, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen wollen. Diese Gewalt richtet sich gegen Schüler*innen, Auszubildende und Student*innen, die ein Leben ohne Vereinzelung, Prekarität und Leistungsdruck wollen.

MEHR SOZI, MEHR RENTE WEG MIT DER POLENTE!

Auch unsere Genoss*innen von der CNT mussten Polizeigewalt erleiden. In Lille wurde ein Lokal unserer Schwestergewerkschaft CNT von Cops verwüstet und zwei Genoss*innen festgenommen. Die Bullen stürmten ohne richterlichen Beschluss das Lokal. Sie nahmen die Genoss*innen fest für etwas, was sie nicht getan haben. Die Richter verurteilten später einen von ihnen ohne Beweise zu 6 Monaten Haft auf Bewährung. Dieser illegitime Überfall war im April, dieser unverhohlene Fall von Klassenjustiz im Mai währenddessen sind etliche Genoss*innen in ganz Frankreich verhaftet und verletzt worden oder ihnen wurden Hausarreste und Platzverweise auferlegt. Genug davon! Schluss mit solchen Repressionen gegen kämpferische Gewerkschaften und ihre Unterstützer*innen auf der Straße!

OH LA LA, OH LE LE, SOLIDARITÉ AVEC LA CNT

Was in Frankreich abgezogen wird, ist in Deutschland längst Normalität geworden. Auch in Deutschland ist das Arbeitsrecht verstümmelt, der Staat unsozial und brutal, das Kapital dreist und skrupellos. Auch in Deutschland dominieren diese Zustände unseren Alltag. Junge Menschen kennen vor allem Zukunftsangst und Leistungsdruck und werden in prekären und sinnlosen Jobs und Praktika ausgebeutet. Familien werden von skrupellosen Hausbesitzer*innen auf die Straße gesetzt. Geflüchtete putzen in entwürdigenden Ein-Euro-Jobs die Turnhallen, in denen sie ohne jegliche Privatsphäre mit hunderten anderen leben müssen. Und die Betreiber streichen vor allen Augen die wenige Kohle ein, die für die Geflüchteten bestimmt ist.

SOZIALABBAU IM GANZEN LAND – UNSERE ANTWORT: WIDERSTAND!

Ob in Frankreich oder Deutschland, ob Loi Travail oder Hartz IV, solche Attacken auf die Existenz derer, die die Miete zahlen und essen müssen, befördern die Spaltung durch Nationalismus, Homophobie, Rassismus, Sexismus und Klassismus durch die Faschisten. In Frankreich hat der Front National nun sein wahres marktradikales und unsolidarisches Gesicht gezeigt. Er befürwortet die Arbeitsmarktreform und fordert mehr Repressionen gegen die Streikenden. Sorgen wir dafür, dass auch die deutschen Faschisten sich

outen! In Deutschland gibt es Wut, aber es gibt kein solidarisches Klassenbewusstsein. In Deutschland sind immer noch viel zu viele der Meinung, die AfD, Pegida und andere Nazis hätten eine Antwort auf die sogenannte soziale Frage. Unsere Antwort ist eine antinationale Solidarität, die denjenigen, die Keile zwischen uns treiben wollen, den Mittelfinger zeigt!

Denn es ist gerade Deutschland, das mit seinem Lohndumping infolge der Agenda2010 alle anderen europäischen Länder niederkonkurriert. Die Kämpfe die dort stattfinden, in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und jetzt in Frankreich sind notwendig geworden weil die sozialen Kämpfe hierzulande nicht stattfanden, aufgrund des Merkantilismus genannten Modells der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die auch im Tarifeinheitsgesetz zum Ausdruck kam. Dieses schränkte das ohnehin marginal Streikrecht in Deutschland weiter ein.

Nicht von ungefähr skandieren die revoltierenden ArbeiterInnen in Frankreich: Weg mit der Sozialpartnerschaft!

AUFRUHR WIDERSTAND KLASSENKAMPF STATT VATERLAND!

Organisiert euch! Auch in Deutschland gibt es Totaltankstellen. Auch in Deutschland gibt es Unternehmen, die von der EM profitieren. Auch in Deutschland gibt es öffentliche Plätze, auf denen wir eine echte Alternative, eine selbstbestimmte und freie Welt kreieren können!

Wir zeigen den Verantwortlichen, was wir von den Verhältnissen halten.

Solidarität mit den Kämpfen in Frankreich. Solidarität mit dem Generalstreik von Brüssel. Nieder mit den neoliberalen Arbeitsmarktreformen in Frankreich, Deutschland und ganz Europa.

NOUS SOMMES NUIT DEBOUT!

ONE STRUGGLE –ONE FIGHT!



FAU Freiburg

Dürfen die das? – PM zu Großkontrollen in Freiburger Straßenbahnen

Pressemitteilung vom 12. Juni 2016

Der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen (akj) Freiburg und das Datenschutzreferat der Studierendenvertretung der Universität Freiburg kritisieren die Großkontrolle der Polizei in Freiburger Straßenbahnen und bieten Betroffenen Hilfe bei rechtlichen Schritten an.

Am vergangenen Freitag hat in Freiburg eine Großkontrolle in Freiburger Straßenbahnen stattgefunden. Neben Fahrscheinkontrollen durch die VAG hat die Polizei „aus eigenem Interesse eine allgemeine Fahndungskontrolle“ durchgeführt. An den Haltestellen Technisches Rathaus, Bissierstraße und Paduaallee wurden im Zeitraum von 7 bis 14 Uhr insgesamt 70 Personen kontrolliert. „Wir sehen die Großkontrolle der Polizei am vergangenen Freitag als ein weiteres Beispiel zunehmender Repression an und bezweifeln die Rechtmäßigkeit dieser Aktion“, erklärt Michal Armbruster vom akj Freiburg.

Laut Pressemitteilung der Polizei handelte es sich bei der Kontrolle um ein „Mittel der Kriminalitätsbekämpfung und -vorbeugung“. Als Ermächtigungsgrundlagen kommen daher § 26 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 4 Polizeigesetz (PolG) in Betracht. Diese Ermächtigungsgrundlagen zu anlasslosen Identitätsfeststellungen sind verfassungsrechtlich äußerst umstritten, da sie weit im Vorfeld einer konkreten Gefahr stattfinden und alle Personen, unabhängig von ihrem Verhalten, betreffen (vgl. Hamburgisches Oberverwaltungsgericht, Urteil vom 13. Mai 2015 – 4 Bf 226/12 –, juris, zur Verfassungswidrigkeit der anlasslosen Identitätsfeststellungen in Hamburger Gefahrengeländen). Sollten die Normen nicht schon aus diesem Grunde wegen Unbestimmtheit und Unverhältnismäßigkeit verfassungswidrig sein, so ist in jedem Fall eine abstrakte Gefahr an den Orten erforderlich, an denen die Kontrollen stattfinden.

Nach § 26 Abs. 1 Nr. 2 PolG darf die Polizei die Identität von Personen feststellen, wenn sie an einem Ort angetroffen werden, an dem

erfahrungsgemäß Straftäter*innen sich verbergen, Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben, sich ohne erforderlichen Aufenthaltstitel oder ausländerrechtliche Duldung treffen oder der Prostitution nachgehen. Ob dies für die betroffenen Straßenbahnhaltestellen zutrifft, ist zweifelhaft. Eine entsprechende Lagebeurteilung durch die Polizei ist nicht bekannt. Darüber hinaus dürfte für die konkrete Personenfeststellung erforderlich sein, dass sich die Polizei hiervon einen Beitrag zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung verspricht. Dass dies bei der Kontrolle in einer Straßenbahn gelingt, darf ebenfalls bezweifelt werden.

Nach § 26 Abs. 1 Nr. 3 PolG darf die Polizei die Identität von Personen feststellen, wenn sie in einer Verkehrs- oder Versorgungsanlage oder -einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsgebäude oder einem anderen besonders gefährdeten Objekt oder in unmittelbarer Nähe hiervon angetroffen wird und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass in oder an Objekten dieser Art Straftaten begangen werden sollen. Auch hier ist eine Gefahrenprognose erforderlich, wobei bedeutsame Rechtsgüter gefährdet sein müssen, da die Regelung ursprünglich zur Abwehr terroristischer Straftaten eingeführt wurde (Lisken/Denninger/Rachor, Hdb. PolR, 5. Aufl. 2012, E 342 f.). „Schwarzfahren“ kann zudem auch deshalb nicht eine solche Gefahr begründen, da in Verkehrsanlagen immer eine erhöhte Gefahr des „Schwarzfahrens“ besteht.

Nach § 26 Abs. 1 Nr. 4 PolG kann die Polizei zum Zwecke der Fahndung nach Straftäter*innen Kontrollstellen einrichten. Diese Rechtsgrundlage ist bereits kompetenzrechtlich fragwürdig, da der Bundesgesetzgeber in § 111 StPO eine Rechtsgrundlage für die Fahndung nach Straftäter*innen geschaffen hat (Pieroth/Schlink/Kniesel, PolR, 8. Auflage, § 14 Rn. 40). Zumindest muss auch an den Kontrollstellen eine abstrakte Gefahr bestehen, dass Personen angetroffen werden, die als Straftäter*innen in Betracht kommen (VG Karlsruhe, Urteil vom 17. Mai 2010, Az. 9 K 1513/08).

Für alle in Betracht kommenden Ermächtigungsgrundlagen muss die Polizei somit zumindest eine abstrakte Gefahr darlegen. "Was an einem normalen Vormittag in einer Straßenbahn gefährlich sein soll, muss die Polizei erst einmal erklären. Die bloße Erkenntnis, dass in Straßenbahnen Personen ohne gültigen Fahrschein fahren, genügt dafür nicht," erläutert Armbruster. "Der Polizei wird es höchstwahrscheinlich nicht gelingen diese abstrakte Gefahr darzulegen. Betroffene sollten daher überlegen, sich gerichtlich gegen die Kontrollen zu wehren," so Armbruster weiter. Der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen bietet Betroffenen bei etwaigen rechtlichen Schritten seine Hilfe an.

Die Großkontrolle reiht sich ein in eine Reihe von Repressionsmaßnahmen im Freiburger Westen. Schon im April war bekannt geworden, dass die Stadt Freiburg und die Freiburger Polizei den

Stühlinger Kirchplatz als "gefährlichen Ort" im Sinne von § 26 Abs. 1 Nr. 2 PolG eingestuft hat (vgl. rdl.de/beitrag/das-freiburger-gefarengbiet-der-stuhlinger-kirchplatz) und damit den Eingriffsspielraum der Polizei ausgebaut hat. Auch diese Einstufung wird der rechtlichen Prüfung höchstwahrscheinlich nicht standhalten.

Der akj und das Datenschutzreferat lehnen anlasslose Identitätsfeststellungen grundsätzlich ab. "Sie greifen erheblich in die Grundrechte ein, dienen der Durchsetzung hegemonialer Ordnungsvorstellungen und führen stets zu bewusster oder unbewusster Diskriminierung durch Polizeibeamt*innen, vor allem auf Grundlage rassistischer Vorurteile," so Armbruster.

akj-freiburg.de

Pressemitteilung – Stadtverwaltung eskaliert Konflikt: Ordnungsamt droht mit Verbot aller Veranstaltungen in der Zelle

KEIN TAG OHNE AUTONOMES ZENTRUM!

Reutlingen, 02.06.2016. Das Amt für öffentliche Ordnung droht damit, eine Verfügung zu erlassen, die der Kulturschock Zelle e.V. die Durchführung aller öffentlichen Tanzveranstaltungen auf unbestimmte Zeit untersagt. Lediglich kostenlose Veranstaltungen wären dann noch möglich, da sie von der Verfügung nicht berührt sind. Das Ordnungsamt begründet das Verbot auf Basis des PolG mit einer angeblichen Gefährdungslage bei Veranstaltungen der Zelle. Die Zellis wehren sich gegen diesen Vorwurf und stellen klar: Es ist offensichtlich, dass dies nur ein weiterer Schritt ist, um die Zelle unter städtische Kontrolle zu bekommen und überzogene Kontrollen sowie verdachtsunabhängige Durchsuchungen gegen uns und unsere Gäste durchzusetzen. Nachdem die Stadtverwaltung beim Versuch die Zelle in das enge Korsett des Gaststättenrechts zu zwingen größtenteils gescheitert ist, versucht sie ihren Einfluss nun mit dem Druck einer Verbotserfügung auszuweiten.



Das Ordnungsamt begründet die Verfügung unter anderem damit, dass die Zelle bei Ihren Veranstaltungen durch die Umzäunung ihres Geländes, ähnlich wie beim KuRT Festival, einen rechtsfreien Raum für Konsumenten und Dealer illegaler Drogen schaffen würde, weil sie nicht auf ihr Hausrecht verzichtet und der Polizei keinen Zutritt für verdachtsunabhängige Kontrollen

gewährt. Dem widerspricht Timo Widmaier, ein langjähriges Mitglied der Zelle:

>>Auch innerhalb der Zelle gilt das BtMG und auch innerhalb der Zelle wird weder der Konsum, noch der Handel illegaler BtM geduldet. Unser Sicherheitspersonal achtet darauf, nimmt regelmäßige Kontrollgänge vor und erteilt Dealern und Personen, die beim Konsum illegaler Drogen erwischt werden, ein konsequentes Haus-(Innenbereich) und „Inselverbot“ (Außenbereich). Dealer sowie Konsumenten illegaler Drogen werden in der Zelle weder geduldet, noch unbehelligt ihrem Treiben überlassen. Die Polizei kontrolliert unsere Gäste bereits im gesamten Außenbereich und unterzieht sie dabei teilweise erniedrigenden und größtenteils verdachtsunabhängigen Durchsuchungen. Diesen Zustand halten wir illegitim und sind nicht bereit dazu, diese Praxis der Aushebelung bürgerlicher Rechte durch willkürliche Bewertungen auch auf unserem Privatgelände zu dulden.<<

Auch den Vorwurf, eine besondere Gefährdungslage heraufzubeschwören, weist die Zelle entschlossen zurück. Timo Widmaier erklärt:

>>Der Zelle ist die Sicherheit ihrer Gäste sehr wichtig. Deshalb gewährleisten wir bei größeren Veranstaltungen die Versorgung von verletzten oder kollabierten Gästen direkt vor Ort durch ein dauerhaft anwesendes Sanitäts-Team. Bei bis zu 1000 Gästen auf Großveranstaltungen, kann es vereinzelt auch zu medizinischen Notfällen kommen, die Zelle ist darauf jedoch gut vorbereitet und garantiert eine angemessene Erstversorgung. Gleichzeitig achtet das gesondert kontrollierende „Save Rave“ Team bei Großveranstaltungen besonders auf Personen, welche ein Unbehagen erkennen lassen und organisiert ggf. niedrigschwellige Hilfe, damit es erst gar nicht zum Notfall kommt. Bei kleineren Veranstaltungen sind wir mit einem entsprechenden Notfallrucksack ausgestattet, um ggf. auch selbst eine angemessene Erstversorgung vorzunehmen und haben dafür stets in Erste-Hilfe geschulte Mitarbeiter anwesend. Um Drogenkonsum, ob legaler oder illegaler Betäubungsmittel, bereits präventiv entgegen zu wirken, arbeiten wir bei der Ausarbeitung unserer Konzepte mit der Drogenberatung und Präventionsprojekten (z.B. „Alkohol to go!“)

zusammen. Letztere binden wir direkt in größere Veranstaltungen mit einem eigenen Stand ein.<<

Die Zelle wehrt sich daher gegen die Darstellung und Forderungen des Ordnungsamtes und wird gegen eine derartige Verfügung ggf. auch gerichtlich vorgehen. Um jedoch vorerst einen konstruktiven Dialog zu ermöglichen, hat die Zelle das Amt für öffentliche Ordnung zu einem Gespräch aufgefordert, um die strittigen Punkte zu diskutieren und ggf. eine gemeinsame Lösung zu finden. Dieses Gespräch wird auch stattfinden. Die Zelle erklärt jedoch an dieser Stelle auch, dass sie sich Verhandlungen auf Augenhöhe erwartet. Ein Diktat von Auflagen und Einschränkungen ohne unsere Bedürfnisse zu berücksichtigen, wird es nicht geben.

Die Zelle sieht in der Verbotserfügung viel mehr den Griff nach dem letzten Strohalm einer Stadtverwaltung, die nicht akzeptieren kann, dass es ein autonomes, selbstverwaltetes Jugendzentrum in Reutlingen gibt, das sich weitestgehend von staatlicher Autorität entziehen will und damit auch noch recht erfolgreich ist. Es ist der Versuch einer Stadtverwaltung, die, anstatt konstruktive Lösungen zu suchen, ihre Positionen zur Not auch gegen die Existenzgrundlage der Zelle zu erzwingen versucht, indem Sie ihr die Grundlage für ihre Existenz entzieht. Die Zelle ist aber nicht durch einen Verwaltungsakt entstanden und denkt daher nicht daran, sich durch einen solchen unterkriegen zu lassen. Die Zelle bereitet sich viel mehr auf eine intensive Auseinandersetzung vor. Mit öffentlichen Protestaktionen darf gerechnet werden.

Wir rufen alle solidarischen Menschen dazu auf, sich mit uns zu solidarisieren und eigenen, kreativen Protest zu organisieren! Zeigen wir der Stadtverwaltung, dass Sie mit ihren Angriffen nicht weit kommt!

In diesem Sinne: Zelle bleibt.

Mit solidarischen Grüßen
Kulturschock Zelle e.V.

Solidaritäts-Website für Kampagne gegen die Verbotserfügung:

zelle-bleibt.de

Spendenaufwurf Alf Partout

Hallo liebe Menschen,

wir wollen euch fragen, ob ihr vielleicht für uns eine SoliKüfa, Spenden sammeln oder Solitresen machen könnt. Da wir nach Griechenland fahren um Menschen auf der Flucht mit direkten Aktionen unterstützen wollen, und dafür noch mehrere tausend Euro brauchen.

Wir sind eine offene Gruppe von Leuten, die vor kurzem das Busprojekt Alf Partout gegründet haben. Zurzeit haben wir einen Bus. Der heißt Alf. Mit ihm fahren wir zu politischen Geschehnissen, um dort aktiv zu werden.

Wir wollen eine Welt ohne Hierarchie, Ausbeutung, Faschismus, Kapitalismus, Konkurrenz, Unterdrückung und Zerstörung der Natur (Pflanzen, Pilze, Tiere und Menschen). Deshalb wirken wir an einer Gesellschaft, in der Menschen respektvoll mit der Natur zusammen leben. Dafür wollen wir uns mit gleichgesinnten Menschen und Projekten vernetzen, um gemeinsam zu handeln.

Wir wollen mit Alf Partout bei Sozialen Projekten, Blockaden und Demonstrationen mitwirken, indem wir an diesen Orten unter anderem KüfAs (Küche für Alle) veranstalten, um mit dem Erlös uns selbst zu finanzieren und Gefangenen sowie geflüchteten Menschen unter die Arme zu greifen.

Alf Partout ist ein mobiler Stützpunkt, um direkte Aktionen, wie zum Beispiel Kletteraktionen, Kommunikationsguerilla oder Besetzungen zu organisieren. Auch wollen wir gemeinsam mit

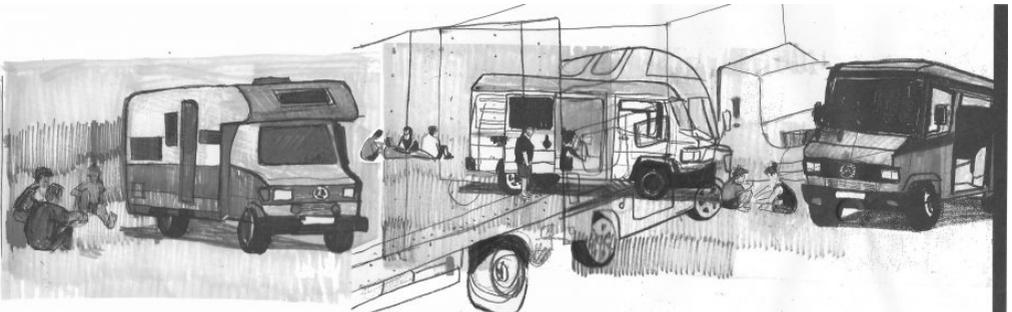
anderen Menschen in Form von Workshops oder Informationsveranstaltungen eine mobile Basis für den Austausch über Aktions- und Lebensformen bieten.

Deshalb fahren wir an die Orte der Geschehnisse, um Missstände aufzudecken und gemeinsam & selbstorganisiert Widerstand sowie eine solidarische Gesellschaft zu gestalten.

Wir setzen uns aus sehr unterschiedlichen politischen Strömungen und Gruppen zusammen. In Alf Partout wirken Menschen mit, die in Strukturen aktiv waren und sind, wie zum Beispiel Geflüchtetenapparat, Stadtteilpolitik, Umweltbewegung, Hausbesetzungen, Antifa und vieles mehr. Zusammen sind wir in globalen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und persönlichen Freiheitskämpfen aktiv.

Zuletzt unterstützte ein Teil von Alf Partout in Dünkirchen geflüchtete Menschen in einem Camp.

Unser nächstes großes Projekt ist die Reise zum NoBorder Camp in Thessaloniki/Griechenland. Dort möchten wir uns ein Bild von den Begebenheiten vor Ort machen, um situationsabhängig handeln zu können und die Menschen bei ihrem Kampf zu unterstützen. Wir hoffen, dass eine Vertrauensbasis entsteht, auf der wir mit den Menschen auf der Flucht und deren Unterstützer_in*nen Erfahrungen austauschen können. Es ist uns wichtig, diesen Austausch zu nutzen, um die Ideen, Bedürfnisse und Vorstellungen der Menschen auf der Flucht mitzutragen und umzusetzen. Durch Gespräche können wir gemeinsam herausfinden, welche



Aktionen nötig sind, um die Idee einer Welt ohne Grenzen voran zu treiben. Wir haben zum Beispiel KüfA-Ausrüstung dabei, um für (Grund)-Verpflegung sorgen zu können, außerdem Werkzeuge und die nötigen Skills, um Schutzraum zu errichten, sowie Kletterausrüstung und -erfahrung. Unser politischer Anspruch ist es, dazu beizutragen, Diskurse zu alternativen Lebensentwürfen anzuregen.

In einer selbstorganisierten Karawane werden wir die Reise nach Griechenland antreten. So haben wir durch eine größere Gruppe die Möglichkeit, auch auf dem Weg Aktionen zu organisieren, Kontakte zu knüpfen und zu festigen.

Mehr Infos: siehe Aufruf zur Karawane auf alfpartout.blogspot.eu

Außerdem wollen wir auch zusätzliche politische Arbeit außerhalb des Camps leisten und den politischen Protest in Griechenland supporten. Zum Beispiel in Athen auf der Straße und gegen die Goldmine in der Nähe von Thessaloniki.

Dieses Projekt ist auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um unsere Vorhaben in die Tat umzusetzen. Geld versuchen wir momentan durch mobile KüfAs auf Spendenbasis (zum Beispiel letzten Samstag [4.6.16] bei NoTddZ in Dortmund, im Hambacher Forst, in verschiedenen Kneipenkollektiven, auf Demos & Veranstaltungen) und Spendensammeln (Geld, Diesel & Sachspenden) einzubringen.

Damit finanzieren wir dann zum Beispiel Lebensmittel für die KüfA, Materialien zum Bauen von Unterkünften, Aktionsmaterial etc in Griechenland.

Wir brauchen momentan noch ca. 2.500 Euro für Diesel, Essen, das nötigste Reiseequipment und Notfallgeld für Reparaturen an Alf, dem Bus, damit wir an der Karawane teilnehmen können und mehrere tausend Euro für Verpflegung für Flüchtende, (Aktions)materialien und Werkzeug (ca. 800 Euro) vor Ort. Desto mehr wir vorher gesammelt haben, desto länger können wir unterstützen. Aus Erfahrung wissen wir, dass für eine Woche KüfA ca. 2-3,5 tausend Euro benötigt werden, je nach Bedarf (ca. 4000 bis 6000 Mahlzeiten).

Auch benötigen wir für die Zukunft einen zweiten Bus, um zum einen mehr Raum für Aktionsmaterial & Aktivist_*Innen zu haben und zum anderen zeitgleich miteinander verknüpfte

Aktionen an verschiedenen Orten machen zu können. Dafür benötigen wir allermindestens 4-5 tausend Euro. Wenn das vor der Griechenlandfahrt klappt, wäre es super. Wir fahren jedoch so oder so mit der Karawane mit, egal, wie viel Geld wir bis dahin zusammen haben.

Über eure Unterstützung würden wir uns sehr freuen,

Mit solidarischen Grüßen,
die Menschen von Alf Partout

PS: Für kleine Gruppen: wenn ihr uns gerne unterstützen wollt aber keine finanziellen Möglichkeiten haben, würden wir uns sehr freuen wenn ihr KüfAs oder Solitresen organisiert.

Kontakt Daten:

Wenn ihr uns unterstützen, euch einbringen oder mit uns reisen möchtet, meldet euch.

Wir sind mais-tens per Telefon am Besten zu erreichen.

Alf Partouts mobile: 0049 157 809 409 22

Alf Partouts mail: [alfpartout\[at\]riseup.net](mailto:alfpartout[at]riseup.net)

alfpartout.blogspot.eu

bank account: Spenden & Aktionen

account number: 928 818 06

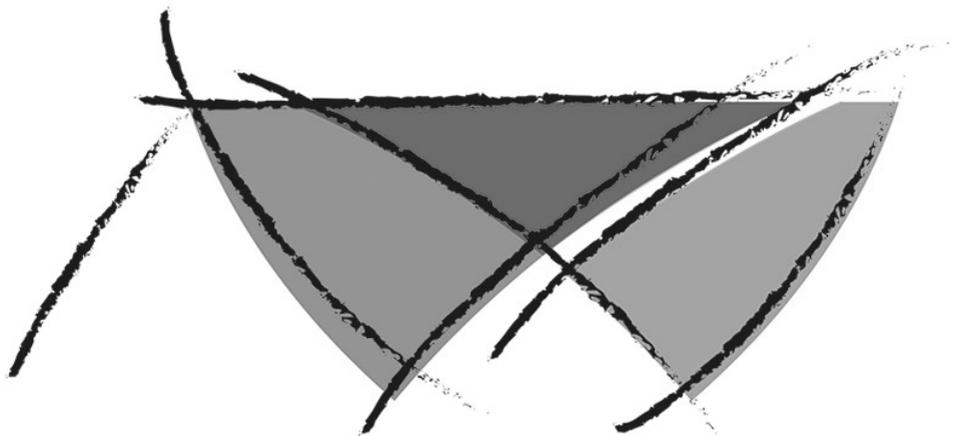
bank number: 513 900 00

name of the bank: Volksbank Mittelhessen

reason for transfer: Alf Partout

IBAN: DE 29 5139 0000 0092 8818 06

BIC: VBMHDE5FXXX



NO BORDER

FOR THE CIRCULATION OF TRANSNATIONAL STRUGGLES AGAINST STATE, NATIONALISM, PATRIARCHY AND THE CAPITAL

thessaloniki

THE BORDERS:

define the territory of the sovereignty of the nation-states / form a social mechanism to serve capital / are a springboard for wars / divide humanity into nations and races / promote nationalism, racism, intolerance, making people nostalgic for a lost and gone glorious that was never theirs / intensify gender-based violence and sexual exploitation / violently define a homogeneous national narrative / construct the "Other", "national unity" against the external enemy and the enemy within, blurring class contradictions / make migrants illegal and legitimize their depreciation and deaths at the borders and in mainland

The struggle of migrants to cross the borders is a struggle for life itself!

We are all together!

Our solidarity must tear down borders and fences, destroy the "common destiny" of misery, and construct a common reality of struggles for Freedom!

JULY
15-24
2016

www.noborder2016.com
contact@noborder2016.com

Die Volxküchen im SUSI - Café & in der KTS leben von Eurer Mithilfe!!



VOKÜ AN OFLEBÜ*

*OFFENE LESEBÜHNE

Orte:

KTS
(autonomes
Zentrum)
Baslerstraße
103

Slusli-
Café,
Vauban-
Allee
N°2

**TER.
MINE**

**JULI
2016.**

Mi 06.Juli | Vokü an offener Lesebühne - Mampf und Kultur, KTS, mitkochen ab 16h

Mi 13.Juli | Vokültur, SUSI-Café, 20h, plena 16:00, mit_kochen ab 16:30h

Mi 20.Juli | Vokü&Kneipe, KTS, 20:00h, mit_kochen ab 16h

Mi 27.Juli | Vokültur, SUSI-Café, 20h, plena 16:00, mit_kochen ab 16:30h

www.volxkuechefreiburg.blogspot.de